

# Fuchs verwehrt sich gegen Blockadevorwurf

**Waiblingen** Der Landrat fordert von der Landesregierung klare Abwägungskriterien in Sachen Windenergie. *Von Frank Rodenhausen*

---

In einem Brief an den SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel verwehrt sich der Rems-Murr-Landrat Johannes Fuchs (FDP) gegen den Vorwurf, den Ausbau der Windkraft zu blockieren. Fuchs bezieht sich auf einen Bericht unserer Zeitung, in dem Schmiedel unter anderem mit den Worten zitiert wird, dass Investoren von den Unteren Naturschutzbehörden der Landratsämter „reihenweise gequält“ würden.

Diese „massiven Vorwürfe“ seien „unangemessen und bezogen auf den Rems-Murr-Kreis in keiner Weise gerechtfertigt“, schreibt der Landrat und reagiert seinerseits harsch auf die Pauschalkritik Schmiedels: Derlei „deplacierte Beschimpfung“ halte er vor dem Hintergrund, dass

sich der Landkreis seit Jahren mit zahlreichen Konzepten und Maßnahmen für die Energiewende und den Klimaschutz einsetze, für „wenig hilfreich“.

Dass sich der Ausbau der Windkraft in der Praxis tatsächlich nicht so einfach gestalte, wie von den Koalitionspartnern gedacht, habe hingegen die Landesregierung in Teilen selbst zu verantworten, schreibt Fuchs sinngemäß. Das Landesplanungsgesetz, der sogenannte Windenergieerlass, sei nämlich unvollständig: klare Abwägungs- und Entscheidungskriterien, mit denen man eine Standorteignung von Windkraftanlagen fundiert klären könnte, fehlten darin, moniert Fuchs. Der Rems-Murr-Kreis habe das zuständige Ministerium für Ländlichen Raum bereits Anfang

Dezember auf mehrere Konflikte zwischen Windkraft, Natur- und Landschaftsschutz hingewiesen und um Klärung verschiedener Fragen gebeten. Aus einer Antwort vom Januar sei zu entnehmen, „dass sich die Landesregierung einige Hausaufgaben vorgenommen hat“. Auf deren Ergebnis aber warte man bis heute.

Unabhängig davon sei zu bedenken, dass sich in hochverdichteten Räumen wie rund um Fellbach, Waiblingen und Weinstadt eine Akzeptanz für Windkraft nicht einfach verordnen lasse. Allein für den Standort Buoher Höhe lägen mehr als 2000 Einsprüche vor. Mit diesen Vorbehalten und Fragen müsse sich seine Behörde im Sinne einer „Politik des Gehörtwerdens“ konstruktiv auseinandersetzen. Er selbst bitte, „von dem Vorwurf abzulassen, dass von den Landräten ‚ideologisch motiviert und jenseits von rechtlich sauberen Ausschlussgründen der Ausbau der Windkraftnutzung blockiert wird“.